

# Neues aus dem Neckartal und aus der Region

**DIE LINKE.**

Ortsverband Rottenburg

In Farbe auf  
die-linke-rottenburg.de



Januar 2023

## Lebensqualität für alle und kommunale Daseinsvorsorge in Rottenburg sichern Breites Bündnis fordert, den Flächenfraß im Ländle zu stoppen

Spätestens in diesem Jahr will OB Neher einen Planfeststellungsbeschluss im Gemeinderat für den dreispurigen Ausbau der B 28 neu zwischen dem Sülcher Knoten nahe der Firma Somfy und der Abzweigung nach Seeborn erreichen. Schon bisher wurden für den Ausbau der B 28 neu zwischen Tübingen und Rottenburg 40 Hektar (12 ha für Fahrbahnen, 28 ha für Böschungen, Bankette und Restflächen) neu versiegelt und dafür über 56 Mio. Euro ausgegeben.

Laut Regierungspräsident Klaus Tappeser soll durch den dreispurigen Ausbau auf 4,5 km der LKW-Verkehr beschleunigt werden. Wer die Streckenführung um das Gewerbegebiet Sülchen mit seinen drei Ampeln und den permanenten Einfädelungen vor Augen hat, fasst sich über solch weltfremde Aussagen an den Kopf! Nicht nur die Zufahrt zur Blumenmanufaktur und die Bushaltestelle Heuberger Warthe entfallen laut Planung, sondern die Zufahrten für die Bauern mit ihren Traktoren und Mähreschern für ihre Höfe und die Felder.

Die regionalen Vertreter der Naturschutzverbände BUND und LNV protestieren: „Das Regierungspräsidium plant und baut überregionale Straßen, als gäbe es weder eine Klimanoch eine Biodiversitätskrise. Mithilfe von Unsummen an Steuergeldern wird mit jedem weiteren Straßenbauprojekt eine überholte Verkehrspolitik zementiert.“

Im ersten Bauabschnitt nördlich der Bischof-Moser-Straße mit 17 Grundstücken sollen 45-85 Wohneinheiten entstehen. Dabei „übersieht“ das Bürgermeister-Trio im Rathaus, was in den Planungsunterlagen des Regierungspräsidiums Tübingen über Streuobstwiesen und das Gelände am Heuberger Hof steht:

„Es handelt sich beim Planungsraum – insbesondere beim Bereich um den Heuberg – um einen sehr sensiblen Naturraum. Dort befinden sich umfangreiche artenreiche FFH-Mähwiesen und Streuobstbestände. Darüber hinaus sind dort u.a. Vorkommen hochgradig gefährdeter Arten wie Eremit, Grauammer und Rebhuhn sowie Jagdhabitate zahlreicher Fledermausarten. Darüber hinaus liegt der gesamte Planungsraum in den Wasserschutzgebieten Bronnbachquelle und Kiebingen. Im östlichen Bereich ist darüber hinaus ein großflächiger Denkmalsbereich betroffen.“



Hinzu kommt die Planung eines neuen Wohngebietes auf 12,8 ha in vier Bauabschnitten im Oberen Feld, das der Gemeinderat mehrheitlich im Juni 2020 beschlossen hat.

### Flächenfraß, auch in Rottenburg

Doch Bürgermeister Bednarz (SPD) wittert eine Chance: Eine neue Zufahrt am Eratskirch zur B28 neu sei >>>

Und weiter:

**Inflation verschärft Armut in Deutschland Seite 5**

**Gesunde Ernährung für Kinder in Kitas und Grundschulen Seite 6**

**Fortschritte in der Kita-Situation Seite 8**

**Tarifeinigung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst Seite 10**



Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt! Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer die Stadt!

„wünschenswert“, wenn dort noch zusätzlich ein Gewerbegebiet hinkäme –

(nur) dann könne man die Bedürfnisse der Anwohner berücksichtigen. **Diese Aussage ist ungeheuerlich, weil sie das berechnete Interesse nach notwendigem Wohnraum von neuer Flächenversiegelung für Gewerbe abhängig macht!**

Schon der bisherige Ausbau der B 28 neu hat 40 ha neu versiegelt, hinzu kommt das neue Kleeblatt Ergänzungen mit 4,5 ha (Autobahnzubringer). In Frommenhausen soll der Steinbruch um 4,4 auf über 22 Hektar vergrößert werden. BM Weigel verschweigt seit Monaten dem Gemeinderat, welchen Beschluss Eutingen über das „interkommunale Gewerbegebiet“ am Flugfeld Baisingen/ Eutingen mit 70 ha (für Logistiker wie DHL, Dachser) gefasst hat.

Jeder Straßenneubau lockt mehr (LKW-)Verkehr an: Der Ausbau der B 27 dient vor allem dem geplanten „interkommunalen Schwerpunkt“ Dußlingen/ Gomaringen/ Neustetten auf 23 Hektar.

2021 wurden im Ländle täglich 6,2 Hektar neu versiegelt, im Jahr hat das die Größe von 3.000 Fußballfeldern. Dies macht den Koalitionsvertrag von Grün/Schwarz zur Makulatur, in dem maximal 2,5 ha täglich und bis 2034 keine Neuversiegelung versprochen wurde.

### **Überlebenswichtiger Bodenschutz**

Böden sind Lebensraum für Mensch und

Natur, sie können nicht vermehrt werden. 48 Prozent aller Flächen in Deutschland dienen der Landwirtschaft für die Herstellung unserer Lebensmittel wie Getreide, Gemüse, Obst sowie der Viehwirtschaft. Die Böden ermöglichen wesentlich die Biodiversität durch eine große Artenvielfalt an Pflanzen und Tiere in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit. Das dramatische Artensterben gefährdet vor allem die Herstellung unserer Nahrungsmittel (Bestäubung der Nutzpflanzen durch Bienen). Moore und Wälder sind wichtig als CO<sub>2</sub>-Speicher, eine nachhaltige Holzproduktion und für die Naherholung der Menschen.

Eine immer größere Rolle spielen unversiegelte Böden für die Aufnahme von Niederschlägen, Versickerung und Umwandlung des Regens in Trinkwasser. Böden sind Wasserspeicher, für die Bevölkerung, für die Bewässerung der Landwirtschaft und die Erzeugung von Energie. Deshalb gibt es gegenwärtig von Hamburg bis Bayern große Proteste, wenn Mineralwasserkonzerne wie Coca-Cola, Red Bull, Edeka, Aldi und Nestlé Grundwasserquellen von Kommunen aufkaufen, die in Finanznot sind. Die neue nationale Wasserstrategie der Bundesregierung bietet davor keinen Schutz, weil sie das Recht der Menschen auf eine Grundversorgung mit Trinkwasser nicht an die erste Stelle setzt! Die Versiegelung neuer Böden hat also enorme Folgen für unsere Lebensqualität und alle Dienstleistungen der örtlichen Daseinsvorsorge.

### **Welche Prioritäten?**

Selbstverständlich benötigen wir Böden für die von vielen missachtete Landwirtschaft, für Wohnungsbau, für Kitas, Schulen, Pflegeheime und Krankenhäuser und für die Wasserwirtschaft. Da Flächen jedoch begrenzt sind, bedarf es einer Gesamtplanung, einer Setzung von Prioritäten und neuer Ideen. So müssen mehrstöckige Häuser beim Wohnungsbau auch in den Teilorten Vorrang bekommen und zusammen mit Grünflächen und Baumanpflanzungen geplant werden, die Artenvielfalt muss beachtet werden. Denn die Naturumgebung ist Teil unserer Lebensqualität und nutzt dem Gemeinschaftsgefühl.

Die Landwirtschaft benötigt größere Förderung, um mit regionalen Produkten die Abhängigkeit und die langen Lieferwege der Discounter (mit hohem CO<sub>2</sub>-Verbrauch) zu vermindern. Dafür nützen Bauernmärkte und andere Nahversorger. In der städtischen Gesamtplanung sind beim Wohnungsbau Kitas, Schulbauten und Spielplätze mitzuplanen. Riesenspielplätze vor Supermärkten können wir uns nicht mehr leisten!



**Dr. Emanuel Peter**

„DIE LINKE“  
Rottenburg

## **Volksantrag Bodenschutz**

Unter dem Titel „Ländle leben lassen“ haben 15 Umwelt-, Naturschutz- und Landwirtschaftsverbänden einschließlich Fridays for Future einen Volksantrag initiiert, er will die Landesregierung zwingen, ihre eigenen Ziele im Koalitionsvertrag von 2021 einzuhalten: Der Flächenverbrauch soll auf 2,5 Hektar täglich beschränkt und bis 2035 auf Null reduziert werden. Begründet wird der Antrag mit den gravierenden Folgen des ungezügelter Flächenfraßes für Umwelt, Klima und Lebensqualität: „Lebensräume seltener Tier- und Pflanzenarten gehen verloren, fruchtbare Böden und landwirtschaftliche Flächen werden versiegelt und einzigartige Naturräume und Biotope werden verdrängt. Neben diesen sehr direkten Auswirkungen auf unsere Natur sinkt auch die Lebensqualität: Das gewohnte Landschaftsbild wird gestört, Grüngürtel verschwinden und durch die zunehmende Zersiedelung verlängern sich Anfahrtswege zur Arbeit oder in Naherholungsgebiete, während in vielen Dörfern Ortskerne veröden und sich entleeren.“

**Die Linke** Rottenburg ruft dazu auf, diesen Volksantrag, der 40.000 Unterstützer benötigt, zu unterzeichnen und bei den örtlichen Flächenplanungen eine Gesamtplanung mit klarer Prioritätensetzung für die Bedürfnisse der Bevölkerung aufzustellen.

(Homepage Volksantrag: <https://www.laendle-leben-lassen.de>)

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

## Stuttgart 21 –

### Streckensperrungen wegen Digitalisierung des Bahnknotens Stuttgart

**Der Bahnknoten Stuttgart soll im Rahmen des Projekts Stuttgart 21 vollständig digitalisiert werden. Deshalb kommt es zum Ärger der Bahnkunden zu umfangreicheren Bauarbeiten, Streckensperrungen und Zugausfällen.**

Der digitale Knoten Stuttgart (DKS) ist ein bundesweites Pilotprojekt der Deutschen Bahn im Zuge des Bahnprojekts Stuttgart 21. Bis zum Fahrplanwechsel Ende 2025, also der bisher vorgesehenen Inbetriebnahme von Stuttgart 21, soll die Region Stuttgart der erste digitalisierte Bahnknoten in Deutschland werden. Von da an sollen die Züge des Fern-, Regional- und S-Bahnverkehrs auf einem mit neuer Technik ausgerüsteten Netz fahren, welches dann mit digitalen Stellwerken, dem digitalen Zug Sicherungssystem ETCS (European Train Control System) und hochautomatisiertem Fahrbetrieb ausgerüstet ist. Mit dieser neuen Technik soll der Verkehr sicherer, effizienter und zukunftsfähiger werden, während bisherige Signal- und Zugleitsysteme überflüssig werden.

Doch was bringt ETCS überhaupt? Die Schweiz ist das einzige Land, in dem weitgehend flächendeckend ETCS seit einigen Jahren installiert ist. Die Bilanz: Es gab dort keine größeren Kapazitätsgewinne. Aber Stuttgart 21 kann nicht ohne ETCS: **Um die Baukosten herunterzurechnen, wurden die Tunnelquerschnitte so verkleinert, dass für etablierte Signaltechnik kein Platz mehr war.**

Zusätzlich zur Sperrung der S-Bahn-Stammstrecke in den Sommerferien wird es zeitweise weitere erhebliche Unterbrechungen des Zugverkehrs geben. **In unterschiedlichen Phasen wird zwischen dem 21. April und 29. Juli 2023, also 14 Wochen lang, zwischen Bad Cannstatt und Waiblingen der Zugverkehr zeitweise komplett eingestellt.** Elf Wochen nach Sperrung der Stammstrecke folgen im Herbst weitere Sperrungen auf den Strecken Rohr-Flughafen-Filderstadt und Stuttgart-Vaihingen-Böblingen.

Für die Pendler besonders hart ist vom 21. April an die mindestens vierwöchige Vollsperrung zwischen Bad Cann-

statt und Waiblingen, während der 1200 Kilometer Kabel für die Installation von ETCS verlegt werden sollen. Die Bahn habe geprüft, ob die Arbeiten unter rollendem Rad stattfinden können, dann aber festgestellt, dass das nicht gehe und die gravierenden Eingriffe „leider unabwendbar“ sind. **Diese Sperrung hat übrigens auch gravierende Auswirkungen auf die Remsbahn und die Murrbahn sowie auf den Bahnverkehr von und nach Tübingen und Ulm.**



Diese krassen Vollsperrungen wurden erst am 10. März angekündigt, also nur fünf Wochen vor ihrer Durchführung, weshalb die Bahn bereits scharfe Kritik einstecken musste. Pendler kommen nicht rechtzeitig zur Arbeit und Schüler nicht rechtzeitig zur Schule. Und das ohne Vorliegen eines Ersatzfahrplans. Aber sowohl die Bahn als auch die Politik haben erkannt, dass sie „den Reisenden sehr viel zumuten“.

Doch wie könnten Ersatzverkehre aussehen? Verkehrsminister Herrmann hat sich immerhin darüber Gedanken gemacht, ob ein Busersatzverkehr zumindest regional die Auswirkungen abmildern könnte. **Doch wegen der Vielzahl der Fahrgäste gibt es keine großen Hoffnungen auf Busse, denn „lange Züge können nicht beliebig auf Omnibusse übertragen werden“. Dazu benötige man „mehrere hundert Busse“, jedoch sind Busfahrer Mangelware.** Aber Herrmann rät immerhin, das Fahrrad zu benutzen oder Fahrgemeinschaften zu bilden, oder gleich ganz ins Homeoffice zu wechseln; er hat aber auch makabre Ratschläge auf Lager: „Ich erhoffe mir Hilfe aus dem großen Kreis der Stuttgart-21-Befürworter“. So könne Andi Scheuer als Juicer eine Flotte E-Scooter bereit stellen, OB Nopper neben seiner Frau auch Berufspendlern seine Kutsche anbieten, und er selbst als begeisterter Radler jemanden in seiner Rikscha mitnehmen. In einem SWR-Interview sah Herrmann zwar einen herben Schlag für die Pendler, forderte dann aber nicht etwa das denklogische Ende

des gescheiterten Projekts S21, sondern appellierte eindringlich an die Bahn, ihre Zusage einzuhalten und den S21-Tiefbahnhof 2025 in Betrieb zu nehmen.

Laut Bahn sollen trotz aller genannten Unzulänglichkeiten nun doch Busse die Lösung sein. Im Fünf-Minuten-Takt sollen die Busse zwischen Waiblingen und dem Stuttgarter Hauptbahnhof pendeln, wobei es auch Expressbusse ohne Zwischenhalte geben soll. S-Bahnen sollen jeweils in Bad Cannstatt und Waiblingen enden und von dort wieder zurückfahren. Regionalzüge sollen umgeleitet werden. Die Bahn versicherte, es stünden 80 Doppelgelenk-Busse und genügend Busfahrer zur Verfügung. Doch wie die Busse samt Fahrer auf einmal herbeigezaubert werden sollen, bleibt unklar.

Für die aktuelle Panik mit Vollsperrungen gibt es offensichtlich einen übergeordneten Grund: Der Termin „Inbetriebnahme von S21 Ende 2025“ soll mit der Brechstange durchgesetzt werden. In diesem Zusammenhang hat das Verkehrsministerium ein Papier mit dem Titel „Vorschlag eines Ausbaukonzeptes für den Eisenbahnknoten Stuttgart 2040“ vorgelegt, welches fast durchweg in einem „George-Orwell-Neusprech“ verfasst ist.

Doch Herrmann selbst rechnet selbst nicht mehr mit einer Fertigstellung bis 2025. Er ist sich sicher, dass Stuttgart 21 frühestens 2027 komplett fertig sein wird. Zwischenzeitlich würden die Züge aber noch am Flughafen vorbeirauschen. Auch ist es mehr als fraglich, ob die Umbaumaßnahmen am „amputierten“ Bonatz-Bau rechtzeitig fertiggestellt sein werden, so dass die Bahn erwägt, den Tiefbahnhof zunächst ohne den innen neugestalteten Bonatz-Bau in Betrieb zu nehmen.

Wir aber bleiben weiter wachsam und werden die Machenschaften von Bahn und Politik auch in Zukunft aufdecken und vor allem

**OBEN BLEIBEN!**

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**  
Rottenburg

# Naturnahe Gärten statt versteinerte Schotterwüsten

## Naturschutz fängt vor der eigenen Haustür an

**Durch zusätzliche Neubaugebiete, Gewerbeflächen und diverse Infrastruktur wird immer mehr Fläche versiegelt. Doch mit jeder versiegelten Fläche werden natürliche Lebensräume kleiner, Nahrungsquellen schwinden und Brutreviere müssen den neuen Bauten weichen.**

Nicht nur verschiedene Vogel- oder Fledermausarten, sondern auch die vielen Insekten, wie Schmetterlinge, Bienen, Hummeln und Nachtfalter verlieren auf diese Weise natürliche Lebensräume und sind deshalb zunehmend auch auf Siedlungsgebiete als Nahrungsquellen, Fortpflanzungsstätten oder Jagdreviere angewiesen.

Und hier ist das Problem: Wenn ich durch das nächstgelegene Neubaugebiet laufe, fallen mir zwei Dinge besonders auf. Zum einen bestehen die Häuserreihen überwiegend aus großen Einfamilienhäusern, die besonders viel versiegelte Fläche in Anspruch nehmen, und zum anderen sehe ich kaum Bäume, Stauden, Blumenwiesen oder Teiche. Stattdessen reiht sich ein Schottergarten an den nächsten, ein englischer Rasen folgt dem anderen und immer größere Teile der Grundstücke werden noch zusätzlich für Parkflächen, Terrassen oder Wege nahezu wasserundurchlässig versiegelt.

### **Folgen: Überschwemmungen, Überhitzung**

Die Konsequenzen dieser „Garten“-Entwicklung sind genauso vielfältig wie fatal: Katastrophen wie die Überflutung im Ahrtal konnten u.a. deshalb ein so großes Ausmaß an Zerstörung erreichen, da durch die vielen versiegelten Flächen – seien es Straßen, Parkplätze, Hausflächen oder zusätzlich versiegelte Fläche auf dem eigenen Grundstück – kaum noch Wasser versickern kann. **So kann sich Hochwasser direkt in den versiegelten Bereichen wie Wohngebieten sammeln.**

Eine zweite Folge ist das veränderte Mikroklima: Durch immer mehr – meist sogar schwarze Steine – sie speichern im Sommer wesentlich mehr Hitze, da sie das Sonnenlicht größtenteils absorbieren und nicht reflektieren wie weiße Oberflächen – wird es in den Schottergärten oder versiegelten Einfahrten vor allem im Hochsommer immer heißer. Denn Verdunstungskälte aus den Gärten fehlt, während die Steine sich oft enorm aufheizen und die Hitze auch über den Tag hinweg halten. Diese Veränderung schadet den noch verbliebenen Grünflächen, die so noch zusätzlich mit gestauter Hitze und Trockenheit zu kämpfen haben.

Und nicht zuletzt führen Schottergärten, riesige Einfahrten oder große, versiegelte Terrassen, umgeben von – wenn überhaupt – kleinen Flecken englischen Rasens auch zum Artenschwund. Ohne Bäume fehlt es Vögeln an Nistmöglichkeiten, ohne Laubhaufen und Totholz finden Igel oder Käfer keine Heimat mehr, ohne Wildstauden mit üppigem Nektar verhungern Schmetterlinge in der kargen Steinlandschaft und ohne Wildblumen fehlen Bienen und Co., um die Felder und Bäume für unsere Lebensmittel zu bestäuben. **So viele Arten leiden unter den fehlenden Flächen, auf denen sie Nahrung und Lebensraum finden, dass wir Menschen zunehmend Verantwortung für deren Erhalt übernehmen müssen. Schließlich sind wir auf die Artenvielfalt angewiesen – ohne sie können wir unsere Nahrungszufuhr nicht aufrechterhalten und Insekten, Vögel, Amphibien, Reptilien, Säugetiere – gesamte Ökosysteme können wir unmöglich ersetzen.**

### **Natur wahrnehmen**

Ein mit den Schottergärten und der schwindenden Gartenvielfalt einhergehendes Problem ist das abnehmende

Bewusstsein für Natur.

**Nur wer die Natur schätzt und liebt, kann sie auch schützen und zu ihrem Erhalt beitragen.** Fehlt die Sensibilität für Pflanzen und ihren Wachstumsprozess, achtet niemand mehr darauf, wie sich aus einem Samen eine ganze Pflanze entwickelt, diese gedeiht und Nahrung für Insekten bietet. So fehlt auch das Verständnis dafür, was täglich auf unseren Tellern landet. Dabei ist es wichtig, dem, was wir konsumieren, Wertschätzung entgegen zu bringen und die Bedeutung der Nahrungskette und der aufeinander aufbauenden Ökosysteme zu erkennen.



Tun Sie den hier lebenden Arten, die auf Lebensraum in Ihrem Garten angewiesen sind, deshalb bitte einen großen Gefallen und **gestalten Sie Ihren Garten naturnah**: Mit heimischen Wildstauden und Baumarten und ohne ökologisch wertlose Pflanzen, wie Forsythien, Hortensien, Thuja und vielen Arten, die hier nicht heimisch sind. Setzen Sie sich aktiv mit einer vielfältigen Gartengestaltung für den Naturschutz ein, schaffen Sie Lebensräume durch Wildblumenwiesen, Bäume oder vielleicht sogar einem Teich oder Feuchtbiotop, lassen Sie „Unkraut“ zwischen den Wegen wachsen oder sogar einen kleinen Bereich des Gartens verwildern und beobachten Sie die vielen Tiere, die Ihren Garten dann besuchen.

Gastbeitrag von Alina Lipp

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

# Inflation verschärft Armut in Deutschland

## Senkt die Mehrwertsteuer

In den öffentlichen Medien wird für den Monat März 2023 gegenüber dem Vorjahresmonat eine Inflation von 7,4 Prozent genannt. Doch wer im Supermarkt einkaufen geht, weiß aus eigener Erfahrung, dass diese Zahl gerade für die Grundnahrungsmittel, für Mehl, Öle/ Fette, Milchprodukte, frisches Obst und Gemüse ein Wunschtraum ist.

Immer mehr viele kinderreiche Familien, Rentner, Menschen im Niedriglohnbereich, Hartz-IV-Bezieher (Neuhochdeutsch: Bürgergeld) kommen damit bestenfalls bis zur Monatsmitte aus. Deshalb werden die 150 Tafeln im Ländle regelrecht überlaufen. Die Caritas-Vertreterin in Schopfheim erklärt dies damit, dass 502 Euro im neuen „Bürgergeld“ hinten und vorne nicht ausreichen, um die gestiegenen Kosten für die Grundbedürfnisse abzudecken. Das Statistische Bundesamt weist darauf hin, dass im März 2023 für Nahrungsmittel 22,3 Prozent mehr bezahlt werden mussten.

In der Presse und von CDU/CSU und FDP werden die „hohen“ Lohnforderungen von über 12 Prozent heftig angegriffen. Aber der Präsident des Deutschen Instituts der Wirtschaftsforschung Marcel Fratzscher rechnet vor, dass selbst diese Lohnforderungen nicht gegen einen weiteren Reallohnverlust ausreichen werden. Denn nur noch knapp die Hälfte aller Betriebe bezahlt Tariflöhne. Somit sinkt die Kaufkraft auch der Gesamtbevölkerung. Altersarmut in großem Maßstab ist vorprogrammiert!

Im Ländle ist jeder sechste Erwachsene armutsgefährdet: Systematisch stieg das Armutsrisiko in Baden-Württemberg bei Erwachsenen von 10,6 Prozent (2005) auf jetzt 16 % der Bevölkerung (Statist. Bundesamt). Der Sozialbericht für den Landkreis Tübingen belegt, dass der Lohn von einem Viertel aller BezieherInnen von staatlichen Leistungen so niedrig ist, dass sie Hartz IV beantragen müssen, drei Viertel von ihnen sind im Alter zwischen 25 und 55 Jahren. Ein besonders hohes Armutsrisiko haben langzeiterwerbslose Eltern (77 Prozent), Alleinerziehende (41 %), kinderreiche Familien (32 %) und Haushalte mit Migrationshintergrund (30%). Sie leiden momentan am meisten unter der Inflation, aber auch für die Mittelschichten wird es durch hohe Mieten und Energiekosten inzwischen sehr eng.

### Grüner Kapitalismus

Statt endlich Maßnahmen gegen den hohen Lebenshaltungskosten und die versprochene Kindergrundsicherung zu beschließen, plant Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) jetzt die Stromkosten für Betriebe von Stahl- und Aluminiumherstellung auf sechs Cent zu senken – sonst wäre die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, sprich deren hohe Profite gefährdet. Mit diesem Argument kann man Renten kürzen, ungenügendes Mindestlöhne und „Bürgergeld“ rechtfertigen usw. Bezahlt werden diese Energiedumpingpreise aus den Massensteuern, die der Bund einnimmt, d.h. vor allem über die Mehrwertsteuer!



### Portugal senkt Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel

Die Mehrwertsteuer betrifft die ärmsten Bevölkerungsschichten am stärksten, das ist unbestritten, selbst bei der Milliardärspartei FDP. In Portugal sind die Nahrungsmittelpreise um im März um 20,1 Prozent gestiegen, also nicht so stark wie in Deutschland. Trotzdem hat die portugiesische Regierung die Mehrwertsteuer auf 46 Lebensmittel wie Brot, Nudeln, Reis, Kuhmilch, Eier, Joghurt, Käse, Öl, Butter, Fleisch und Fisch ab 1. April 2023 für zunächst sechs Monate völlig abgeschafft, eventuell soll das verlängert werden.

Die Armutsbekämpfung in Deutschland muss bei den Löhnen anfangen, die sowohl Inflation wie auch gestiegene Produktivität berücksichtigen. Die Sätze für das Bürgergeld müssen drastisch erhöht werden und die Inflation berücksichtigen. Öffentliche Aufträge dürfen nur noch an Firmen vergeben werden, die tarifgebunden sind. Wie in der Corona-Pandemie muss die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel deutlich gesenkt werden – **die Ampel muss von Portugal lernen!**

Dr. Emanuel Peter  
DIE LINKE  
Rottenburg

Kurz und bündig

### 49-Euro-Ticket auch für Fernzüge

Erfreuliche Nachricht für alle Besitzer eines 49-Euro-Tickets, das im Allgemeinen nur für Verkehrsmittel im Nahverkehr (ÖPNV) gilt. Ab dem 1. Mai gilt es auch für die Fernzüge auf der Gäubahn von Stuttgart nach Singen, weil dies die einzige direkte Verbindung zwischen den beiden Städten ist. Dies verkündete Winfried Hermann, der Verkehrsminister im Ländle nach einer Vereinbarung mit der Deutschen Bahn.

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

# Gesunde Ernährung für Kinder in Kitas und Grundschulen

## Kostenloses Mensa-Essen unterstützt gesunde Entwicklung

Ende 2022 hat der Bundesrat es abgelehnt, dass krebserregende Mineralöle in Butter, Schoko-Nikoläusen und anderen Lebensmitteln über deren Verpackung in unser Essen gelangen. Bereits 2019 hatte Foodwatch in Milchpulver von Nestlé, das in Weißblechdosen verpackt war, Mineralöl-Rückstände nachgewiesen. Zehn Jahre lang war bereits über ein Verbot verhandelt worden, aber die CDU-geführten Bundesländer lehnten einhellig ab und baten die Industrie darum, „freiwillig entsprechende Maßnahmen wie Verwendung von mineralölfreiem Verpackungsmaterial“ zu benutzen.

Derselbe Streit wird aktuell um ein Werbeverbot für gesundheitsschädliche Produkte geführt. Aufgrund des Drucks von Krankenkassen, Foodwatch und Kinderschutzorganisationen will Minister Cem Özdemir endlich ein Werbeverbot für Schokolade, Chips und Limonade in Radio, Fernsehen und Streamingdiensten sowie im Umkreis von Kitas, Schulen und Spielplätzen erreichen.

Von 283 untersuchten Kinderprodukten enthalten 242 (mehr als 85 Prozent) laut einer Marktstudie von 2021 zu viel Zucker, Fett oder Salz. In einem Glas Coca sind 12 Stück Würfelzucker enthalten, Kaba enthält nicht hauptsächlich Kakao, sondern zu 81 Prozent Zucker. Laut Ökotest (2021) enthalten Nutella und Milka 56 Prozent Zucker. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hält 15 Gramm Zucker pro Tag für das Maximum. Natürlich muss man natürlichen Zucker in Früchten und Gemüse von Industriezucker unterscheiden, aber Zucker in Kindertees oder Fruchtojogis begünstigt Karies und Magen-Darmerkrankungen.

Bereits 2018 haben mehr als 2.000 Ärzt\*innen in einem offenen Brief von der Bundesregierung Maßnahmen gegen Fehlernährung, eine verständliche Kennzeichnung, steuerliche Anreize für Lebensmittelhersteller und die Beschränkung von Werbung für Kinder gefordert. Grund ist, dass 15 Prozent

der Kinder und Jugendlichen in Deutschland übergewichtig und sechs Prozent fettleibig sind, d.h. Adipositas haben. Ihnen drohen Krankheiten wie Diabetes Typ 2, Gelenkprobleme oder Bluthochdruck. Bis 2040 werden in Deutschland bis zu 12 Mio. Menschen mit Diabetis Typ 2 erwartet.

### Milliardärspartei FDP blockiert

Gegen ein Werbeverbot tritt lautstark die FDP an. Unter den Schlagwörtern „Eigenverantwortung für mündige Kinder“ lehnt sie alle Einschränkungen ab und macht die Nährwert-Empfehlungen der WHO als „völlig praxisferne Grenzwerte“ lächerlich. Die Blockade-Patei scheint von Ernährung

genauso viel zu verstehen wie von CO2-Senkung durch ein Tempolimit auf Autobahnen.

Aber junge Kinder sind besonders schutzbedürftig, weil sie nicht zwischen Information und Werbung unterscheiden können. Die FDP setzt die gescheiterte

CDU-Forderung von Julia Klöckner nach „Freiwilligkeit“ fort, während Länder wie Großbritannien schon längst eine Zuckersteuer auf Limonade eingeführt haben und Frankreich, Portugal, Norwegen und Finnland ähnliche Gesetze erlassen haben. Gegen die FDP-Blockade verbietet Lidl 2023 jede Werbung für ungesunde Lebensmittel auf Eigenprodukte und berücksichtigt die WHO-Kriterien für gesunde Lebensmittel: „Das bedeutet konkret, dass wir zum Beispiel Comicfiguren von (getreidehaltigen) Cerealien-Verpackungen entfernen, wenn die vorgegebenen Nährwerte der WHO nicht erreicht werden“, erklärt eine Lidl-Sprecherin. Aldi Süd will sich ebenfalls an die WHO-Richtwerte halten. Foodwatch fordert, dass nicht nur die

Eigenmarken, sondern auch die Hersteller von Markenartikeln diesen Beispielen folgen müssen und es dafür gesetzliche Regeln braucht.

Sicherlich sind Eltern für die Geschmacksbildung ihrer Kinder ein entscheidendes Vorbild, ob frische Früchte und Gemüse anstelle von Fertigprodukten auf den Tisch kommen. Doch auch das Essen in Kitas und Grundschulen spielt eine wichtige Rolle. Denn durch den Ganztagsbetrieb werden diese immer mehr zu Lebensorten für die Kinder. Schon 2012 hatte Die Linke im Rottenburger Gemeinderat gefordert, die Kinder mit Bio-Milch kostenfrei zu versorgen. Diese wäre von der EU genauso gefördert worden wie Obst und Gemüse durch das EU-Schulfruchtprogramm. Denn je früher Kinder eine gesunde Ernährung lernen, desto nachhaltiger ist dies für ihre lebenslange Gesundheit und besseren Lernerfolg. In Deutschland kommt jedes vierte Kind ohne Frühstück in den Unterricht und kann sich nicht konzentrieren. Die Linke spendierte der Kita-Dätzigweg 2014 gleich mehrere Kisten mit Bio-Äpfeln – zum Ärger der Stadtverwaltung.

### Kitas und Grundschulen in Mensa-Planung einbeziehen

Jetzt steht wieder eine weitreichende Entscheidung an. Denn für die weiterführenden Schulen muss auf dem Hohenberg-Campus eine große Mensa geplant werden. Wichtig ist nicht nur ein vielfältiges und qualitativ gutes Essensangebot, wichtig ist auch, ob nicht zugleich der Ausbau der Ganztags-Grundschulen berücksichtigt wird, indem auch für sie ein Essensangebot entwickelt wird. Damit könnten wichtige Fortschritte gegen falsche Ernährungsgewohnheiten und Junkfood gemacht und (berufstätige) Eltern sowie Alleinerziehende entlastet werden. Aber ob die Stadtverwaltung so weit-sichtig planen kann?



Dr. Emanuel Peter

„DIE LINKE“  
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

# Zunehmende Flächenversiegelung – eine Gefahr für Biodiversität und Landwirtschaft Landesregierung will Biotopverbund regeln

**Für Gewerbegebiete, Steinbrüche und neue Wohngebiete wird immer mehr Fläche versiegelt. Zwar müssen dafür gesetzlich vorgeschriebene Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden. Längst nicht jede Ausgleichsmaßnahme kann den natürlichen Lebensraum zahlreicher Arten (Pflanzen, Tiere) ersetzen.**

Hinzu kommt, dass Fläche ein endliches Gut ist und für jede versiegelte Fläche nicht nur Lebensräume für heimische Arten schwinden, sondern auch landwirtschaftlich genutzte Flächen wie Äcker weniger werden.

**Um dem entgegenzuwirken, will sich das Land Baden-Württemberg ein ehrgeiziges Ziel setzen: Bis 2030 sollen 15% der Offenlandfläche als Biotopverbund ausgewiesen werden, d.h. es sollen miteinander vernetzte Lebensräume für Tiere und Pflanzen im Offenland entstehen.**

Zudem sollen laut „Gesetzentwurf zur Stärkung der Biodiversität“ u.a. auch die ökologische Landwirtschaft gefördert, Kulturlandschaften wie Streuobstwiesen geschützt und natürliche Lebensgrundlagen erhalten werden.

Schaut man sich nun aber um, so werden Rückzugsorte für heimische Arten, gute, landwirtschaftlich genutzte Böden oder auch Trittsteinbiotope im Innenstadtbereich immer weiter zurückgedrängt. Auch in Rottenburg wird immer mehr

gebaut und dabei wenig auf möglichst geringe Versiegelungsfläche geachtet, wie beispielsweise im Ergenzinger Gewerbegebiet. Dort wurden viele große ein- oder zweistöckige Gebäude mit versiegelten Parkbereichen gebaut.

Auch für die B28 neu wurden große Gebiete versiegelt und für neue Baugebiete sollen weiterhin wertvolle Flächen wie Streuobstwiesen oder fruchtbare Äcker weichen. Dabei wird Fläche behandelt, als wäre sie ein unendliches Gut. Allerdings benötigt es für jede bebaute Fläche eine (oftmals) ebenso große Ausgleichsfläche und einmalige Bio-

sind, muss es das oberste Ziel sein, strukturreiche Flächen unserer Kulturlandschaft zu erhalten und das von Baden-Württemberg anvisierte 15%-Ziel an vernetzten Offenlandbiotopen umzusetzen.

Laut Zahlen der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) sind wir allerdings weit entfernt vom 15%-Ziel: Nach aktuellem Stand sind ca. 2,4% der von der LUBW kartierten Stadt- und Landkreisflächen Offenlandbiotope. Angesichts zunehmender Versiegelung und dem damit verbundenem Rückgang an Lebensraum für bspw.



tope oder wertvolle Böden werden unwiderruflich zerstört. Ändert sich diese Denkweise nicht schnell, gehen den Kommunen die Flächen für Gewerbe- und Wohngebiete oder Ausgleichsflächen aus.

Umso wichtiger ist es deshalb, natürliche Biotopstrukturen zu erhalten und die zunehmende Versiegelung von Flächen zu stoppen. Gerade weil Fläche ein endliches Gut ist und wir Menschen auf die hiesige Biodiversität angewiesen

Feldvogelarten, wird das 15%-Ziel jedoch immer relevanter.

**Durch die ineffiziente Nutzung von Fläche wird es jedoch immer unrealistischer, das im Gesetzentwurf festgehaltene Ziel zu erreichen, obwohl die verschiedenen hier lebenden Arten auf eine vielfältige (Offenland-) Biotopstruktur und deren Vernetzung angewiesen sind.**

Gastbeitrag von Alina Lipp

**Kurz und bündig**

## Feinstaub gefährdet Gesundheit der Kinder

Jahrelang hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) die Feinstaubbelastung durch den Verkehr als Ursache vieler Krankheiten in deutschen Städten kritisiert. Jetzt bestätigt die Europäische Umweltagentur (EEA) diese Kritik durch ihren Bericht über die hohe Luftverschmutzung in europäischen Ländern. Sie führt jedes Jahr nach Schätzungen der EEA zum vorzeitigen Tod von mehr als 1.200 Kindern und Jugendlichen und erhöht das Risiko auf Erkrankungen, insbesondere auf gefährliche Asthma-Anfälle. Vielfach werden durch die Verbrennung von festen Brennstoffen beim Heizen und in der Industrie die Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weit überschritten. Im Ländle produziert Holcim (Dotternhausen) mit seiner Zementproduktion gefährlichen Feinstaub, der sich entlang der Alb über Rottenburg, Tübingen, Reutlingen bis nach Stuttgart verbreitet.

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.  
desto sozialer das Land!**

# Fortschritte in der Kita-Situation

## Bezahlung der Tageseltern und mehr PIA-Stellen

Ende März erhöhte der Kreistag den Stundensatz für Kinderbetreuung durch fast 200 Tageseltern im Landkreis von 6,50 auf 7,50 pro Kind/ Std., die Landesregierung hatte diese notwendige Erhöhung zwei Jahre lang verschleppt. Bereits vor Weihnachten hatte Rottenburgs Gemeinderat einstimmig das „Rottenburger Modell“ beschlossen.

Es sieht für alle Tageseltern weitere 50 Cent und für Tageseltern ab vier Kindern auch Zuschüsse für die Einrichtung vor. Großspurig versprach OB Neher, die Stadt gehe damit ab 1. Januar in Vorleistung, wenn der Kreistag nicht schnell genug handele. In Vorleistung ab 1. Januar mussten die Tageseltern als „Selbstständige“ für erhöhte Krankenversicherung und Steuern gehen. Außerdem müssen sie für die Nahrungsmittel zum Essen aktuell 22 Prozent mehr zahlen (Statistisches Bundesamt). Die versprochene Vorleistung der Stadt für die kommunale Verbesserung erwies sich bisher als heiße Luft.

Jetzt verkündete Manuela Beck (verantwortlich für Soziales, Bildung und Kultur) auf Nachfrage von **Irmgard Kussauer (DIE LINKE)** im Gemeinderat, dass die Stadt die Tageseltern wie versprochen rückwirkend ab 1. Januar bezahlen werde. Die Stadt werde von den Tageseltern die notwendigen Daten erheben, weil das Landratsamt sich weigere, die Zahlungen abzuwickeln. Ein weiterer Erfolg für **DIE LINKE** ist die Tatsache, dass die Verwaltung die schädliche Begrenzung von mehr als zwei PIA-Stellen (erst ab zwei Gruppen pro Einrichtung) aufhebt. Darauf hatte Die

Linke angesichts des Personalmangels in den Haushaltsberatungen immer wieder gedungen. Sie war es auch als einzige Liste im Gemeinderat, die vor Jahren überhaupt die Einrichtung von PIA-Stellen gefordert und durchgesetzt hatte, wie **Marlene Fischer (DIE LINKE)** betonte.

Lange Zeit hatte sich die Stadtverwaltung dagegen gewehrt, weil diese Stellen mit dualer Ausbildung (Praxis in Kitas, Theorie in der Berufsschule) vom ersten Tag an bezahlt werden müssen – ein großer Fortschritt für Auszubildende und für die Attraktivität des Berufs.

Frau Beck informierte zudem über zehn Stellen für Vertretungskräfte und über neun „Ergänzungskräfte“ ohne pädagogische Ausbildung, die aktuell 4,5 Vollzeitkräfte ersetzen, aber nur mit einer pädagogischen Fachkraft eingesetzt werden dürfen. In den Kitas können 20 Prozent aller Stellen mit Ergänzungskräften besetzt werden, ihnen

wird Fortbildung angeboten. Eine Ergänzungskraft ist in eine reguläre PIA-Ausbildung gewechselt, ein erfolgversprechendes System gegen den Fachkräftemangel. Ebenso wird Rottenburg Hauswirtschaftskräfte für das Mittagessen einstellen, das betrifft Krippen ab 15 Kinder und Kitas ab 20 Kinder. In Ergänzungen geht die Bauernhof-Kita in Betrieb, in Oberndorf die Waldpädagogik.

Alles in allem – es bewegt sich endlich etwas in Sachen Kinderbetreuung als erster Bildungseinrichtung!

Dr. Emanuel Peter  
**DIE LINKE**  
Rottenburg

Sozial. Gerecht. Für alle.  
**DIE LINKE.**

**Kurz und bündig**

### Zahl der armen Rentnerinnen und Rentner steigt

Im Dezember letzten Jahres bezogen 660.000 Personen Grundsicherung im Alter. Das sind 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Durch die hohe Inflation gerade von Grundnahrungsmitteln konnten sie ihren Lebensunterhalt nicht durch ihre Rente decken, so dass ihre Zahl allein von September bis Dezember 2022 um 11.000 stieg. Doch nicht nur die Inflation trug dazu bei, sondern auch der wachsende Anteil von Beschäftigten im Niedriglohnssektor.

Gleichzeitig wuchs der Reichtum der Milliardäre im Ländle. Deutschlands reichster Mann ist Dieter Schwarz (Heilbronn) mit fast 39 Milliarden Euro. Ihm gehören Lidl und Kaufland. Schraubfabrikant Reinhold Würth (Künzelsau) verfügt über fast 27 Mrd. Euro. Hasso Plattner (Heidelberg) bezieht seinen Reichtum von 7,8 Mrd. Euro aus den IT-Erfindungen seiner Beschäftigten. Die fünf Mrd. Euro von Ludwig Merckle (Ulm) haben ihren Ursprung von HeidelbergCement. Für sie alle gilt der Spruch des armen Manns, der einen reichen Mann trifft: Wäre ich nicht arm, wärst du nicht reich! (frei nach Bertolt Brecht)

# **EU-Abkommen zum Schutz des Regenwaldes**

## **Schwere Zeiten für Billigimporte von Palmöl, Soja, Rindfleisch und Holz**

**Mitte April stimmte das EU-Parlament in Brüssel einem Importverbot von wichtigen Exportprodukten wie Palmöl, Rindfleisch, Holz, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Soja zu, die Zustimmung der EU-Regierungen gilt als reine Formsache. Die Importeure aus der EU müssen eine Sorgfältigkeitserklärung abgeben, das diese Produkte nirgends zur Entwaldung oder Waldschädigung beigetragen haben. Dies gilt auch für Waren, die die genannten Rohstoffe nur beinhalten oder aus ihnen produziert wurden wie zum Beispiel Leder, Schokolade und Möbel.**

Von der deutschen Presse kaum beachtet und veröffentlicht, hat die EU damit eine weitreichende Entscheidung getroffen. Denn laut UNO sind die EU-Staaten für 16 Prozent der weltweiten Abholzung der Regenwäldern – 67,2 Mio. Hektar – verantwortlich.

Eine zweite Bedeutung hat diese EU-Entscheidung, denn sie zeigt, dass das Lieferkettengesetz für Billigtextilien aus asiatischen Staaten mit ihrer gnadenlosen Ausbeutung von Frauen in gefährlichen Textilfabriken wie in Bangladesch jetzt auf andere Produkte ausgeweitet wird.

### **Kampf um Amazonas-Eisenbahnlinie**

Parallel zu diesem Importverbot führt die brasilianische Bevölkerung seit Jahren einen Streit um den Bau einer Eisenbahnlinie von fast 1.000 Km quer durch den Amazonas-Regenwald, der Naturschutzgebiete höchster Kategorie unwiederbringlich zerstören würde. Die Ferreograo-Linie durch den Mato Grosso soll im Interesse der Soja-Produzenten die Ernte schneller und billiger an die Atlantik-Häfen und damit auf den Weltmarkt bringen. Eine Folge wäre der massive Ausbau der Soja-Terminals von Santarém von 1,8 auf 8 Millionen Tonnen im Jahr, der von Porto Velho von 4 auf 7 Millionen Tonnen im Jahr und der von Miritituba von 3,5 auf 32 Millionen Tonnen.

Dies würde wiederum den Druck auf eine weitere Zerstörung des Regenwaldes durch Brandrodungen ausüben, um noch mehr Soja und Getreide anzubauen und Weltmarktanteile zu ergattern. Dabei spielt der Schutz der indigenen Bevölkerung, die zusammen mit der Partei für Sozialismus und Frieden (PSOL) heftig dagegen protestieren, keinerlei Rolle.

### **Rekorde bei Brandrodungen**

Unter der Regierung des rechtsgerichteten Präsidenten Bolsonaro hat die Waldvernichtung im Amazonas solche Ausmaße angenommen, dass die Tagesschau die illegale Rodung als „Norm“ bezeichnete: „Brandrodung ist heute der größte Treiber der Waldzerstörung am Amazonas.“ (14.9.2022) Die Regierung Bolsonaro hat der Umweltschutzorganisation IBAMA die Gelder gekürzt, Landraub wird weder verfolgt noch bestraft. Sie haben verheerende Folgen für das gesamte Weltklima. 2021 wurden insgesamt fast 45.600 Quadratkilometer Regenwald niedergebrannt, der Gesamtverlust an Naturflächen durch Brände beläuft sich auf mehr als 274.000 Quadratkilometer, das entspricht der Fläche von Neuseeland. 2022 wuchs die abgeholzte Waldfläche noch einmal. Seit 1990 wurden 400.000 Amazonas-Regenwald vernichtet, das ist die Fläche von Dänemark und Deutschland zusammen! Ohne die Vernichtung des Regenwaldes zu stoppen, wird das globale 1,5-Grad-Ziel zur Erderwärmung kaum zu erreichen sein.

Nachdem niemand diese Vernichtung des Regenwaldes über Jahrzehnte wahrnehmen wollte, ist die neue EU-Entscheidung ein erster Erfolg und stärkt das Prinzip „Global danken - lokal handeln“!

**Dr. Emanuel Peter**  
**„DIE LINKE“**  
Rottenburg

**Kurz und bündig**

### **Vonovia: Wohnungen als Spekulationsmasse**

Europas größter Wohnungskonzern, früher Deutsche Annington, will 21.000 Wohnungen an den Investor Apollo verscherbeln. Diese Wohnungen, die Hälfte im begehrten Nordbahn-Viertel, gehörten bis 2012 der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), die sie an den Südewo, Tochter-Unternehmen der Patrizia (Augsburg) für 1,435 Mrd. Euro trotz großem Protest eines Bieterkreises der Stadt Stuttgart, GSW Sigmaringen verkaufte – sie boten 30 Mio. Euro weniger, garantierten aber die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus. Auch die Forderung des Mieterbundes, unterstützt vom Linksbündnis im Stuttgarter Gemeinderat, an Ministerpräsident Kretschmann, den Beschluss des Gemeinderates von 2019, den Wohnungsbestand der städtischen Wohnungsbaugesellschaft umzusetzen, endlich die eigenen Wohnungen von 19.000 auf 30.000 Wohnungen aufzustocken, verhinderte die Landeswohnungsbauministerin Razavi (CDU) mit ihrer Ideologie „Der Markt wird’s richten“ mal wieder. Jetzt macht die Vonovia einen Reibach, indem sie ihre Wohnungen für mehr als das Doppelte, d.h. für 3,3 Mrd. Euro verkauft, nachdem sie jahrelang mit dubiosen Nebenkostenabrechnungen Milliarden Gewinne eingefahren hatte: 2019 mehr als 500 Mio. Euro Gewinn, 2020 fast 1,35 Mrd. Euro und 2020 den Rekordgewinn von 3,3 Milliarden Euro.

**Je stärker DIE LINKE.**  
**desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.**  
**desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.**  
**desto sozialer das Land!**

# Einmalzahlung als Hasenfuß für die nächsten Jahre Tarifeinigung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst erzielt

In der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen wurde am Samstag, den 22. April 2023, in Potsdam ein Tarifiergebnis erzielt. Gemäß diesem Ergebnis erhalten die rund 2,5 Millionen Beschäftigten eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 3.000 Euro.

Die Auszahlung erfolgt ab Juni 2023 in Raten, beginnend mit einem Betrag von 1.240 Euro netto. Im Zeitraum von Juli 2023 bis einschließlich Februar 2024 erhalten die Beschäftigten monatliche Zahlungen in Höhe von je 220 Euro netto. Ab dem 1. März 2024 erhöhen sich die Einkommen der Beschäftigten um einen Sockelbetrag von 200 Euro plus 5,5 Prozent.

Studierende, Auszubildende und Praktikantinnen und Praktikanten erhalten im Juni 2023 ein Inflationsausgleichsgeld von 620 Euro sowie in der Zeit von Juli 2023 bis einschließlich Februar 2024 monatlich 110 Euro netto. Ab März 2024 steigen ihre Ausbildungsentgelte um 150 Euro. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten bis zum 31. Dezember 2024.

**Es ist ein Ergebnis, mit dem niemand wirklich zufrieden ist, aber alle irgendwie leben können.**

„Mit unserer Entscheidung, diesen Kompromiss einzugehen, sind wir an die Schmerzgrenze gegangen“ (Frank Werneke, Vorsitzender ver.di)

Gut an diesem Abschluss ist, dass es eine tabellenwirksame Erhöhung von bis zu 16,9 % geben kann.

Die meisten Beschäftigten können dabei mit einer Erhöhung von 11% rechnen. So gesehen ist es wohl eines der besten Ergebnisse, die in den letzten Jahren abgeschlossen wurden.

## Berechnungsbeispiele

Eine **Erzieherin** (in Entgeltgruppe S8a/Stufe 6) mit derzeit 3.979,52 Euro



brutto Monatseinkommen erhält beispielsweise 1.240 Euro netto Inflationsausgleichsgeld vom 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2023; dann vom Juli 2023 bis Februar 2024 monatlich 220 Euro netto mehr. Ab 1. März 2024 erhält sie 4.409,39 Euro als monatliches Bruttogehalt, das heißt 429,87 Euro (10,8 Prozent) mehr.



Ein **Müllwerker** (in Entgeltgruppe EG3/Stufe3) mit derzeit 2.660,65 Euro monatlichem Bruttogehalt erhält vom 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2023 1.240 Euro netto Inflationsausgleichsgeld, vom Juli 2023 bis Februar 2024 monatlich 220 Euro netto mehr. Ab 1. März 2024 erhält er 3.017,99 Euro als monatliches Bruttogehalt, das heißt 357,34

Euro (13,4 Prozent) mehr.

Eine **Pflegefachkraft** (in Entgeltgruppe P8/Stufe 4) mit derzeit 3.448,44 Euro monatlichem Bruttogehalt erhält 1.240 Euro netto Inflationsausgleichsgeld vom 1. Januar 2023 bis 30. Juni 2023, vom Juli 2023 bis Februar 2024 monatlich 220 Euro netto mehr. Ab 1. März 2024 erhält sie 3.849,10 Euro monatliches Bruttogehalt, das sind 400,66 Euro mehr (11,6 Prozent).

## Bittere Pillen

Man konnte bei den Verhandlungen leider nicht alles unter einen Hut bekommen. Die Sonderopfer im Gesundheitswesen und den Sparkassen sind zwar vom Tisch, leider aber auf Kosten einer vernünftigen Altersteilzeitregelung. Die von den Arbeitgebern geforderte Laufzeit von 27 Monaten wurde auf 24 gedrückt und **die bitterste Pille, der geforderte Mindestbetrag von 500€, konnte nicht durchgesetzt werden.**

Trick: Inflationsausgleich

Die Sozialdemokratische Blendgranate: Das Inflationsausgleichsgeld, klingt für viele Kollegen zunächst toll, ist aber eine mathematische Mogelpackung. Der steuerfreie Betrag von 3000 € ist

nichts anderes als eine Schwächung der Gewerkschaft für zukünftige Verhandlungen. Hätte man bereits in diesem Jahr die 3000 € als prozentualen Betrag auf die 5,5 % aufgerechnet, z. B. 5 Prozent mehr ab dem 1.6.2023 und 5,5 % ab dem 1.3.2024, wäre die Verhandlungsbasis in der nächsten Verhandlungsrunde um 10,5 % erhöht. So ist sie nur

um 5,5 % erhöht. Der Inflationsausgleich ist somit schon ab dem zweiten Jahr nicht mehr spürbar. Hinzu kommt, dass es sich um einen steuerfreien Betrag handelt und es somit keine Anhebung des Bruttoentgelts gibt. Das bedeutet wiederum, dass von den 3000 € nichts in die Sozialkasse fließt und somit Renten- und Rentenzusatzversicherungen leer ausgehen. >>>

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

## Geteilte Meinungen

Fazit: Ich habe in den letzten Tagen und Wochen viele Gespräche geführt. Viele Kollegen sind nach wie vor unzufrieden. Einige sagen, es sei besser als nichts. Für beide Positionen habe ich Verständnis. Was ich mittlerweile aber gar nicht mehr hören kann, sind Aussagen wie: „Die Kommunen leiden unter Fachkräftemangel und klammen Kassen. Wie könnt ihr so unsozial sein und so viel Geld fordern?“ Ja, als Kreisrätin wurde ich schon in der letzten Sitzung darauf eingestimmt, dass die zusätzlichen Sozialausgaben nun ein Loch in die Haushaltskasse reißen. Und der Kreistag wird sich Gedanken machen müssen, wie das finanziert werden kann. Aber diese Sorgen sind nicht die



der 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die sorgen sich ums Mietzahl und ums Essen, das auf den Tisch kommt.

**Ignoranz der Arbeitgeber**

Die Ver-

handlungen der letzten Wochen haben mir eines gezeigt: Die Arbeitgeberseite schert sich nur wenig um die Daseinsvorsorge ihrer Mitarbeiter. Es scheint so, als wäre ihnen die Bedeutung von sozialer Absicherung und Daseinsvorsorge für eine funktionierende Demokratie gar nicht bewusst. Doch wir wer-

den diese Ignoranz nicht weiter hinnehmen.

**Der Arbeitskampf ist nicht beendet, er fängt gerade erst an.**

Ich bin fest davon überzeugt, dass für die Arbeitgeberseite das schlimmste Ergebnis dieser Tarifrunde eine Zahl ist:

**80.000 neue Mitglieder der Gewerkschaft ver.di. Die Kollegen der IG Metall geben schon die Richtung vor, in die es weitergeht: 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich oder besser formuliert, die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.**

Isabelle Groschke, Rottenburg  
Kreisrätin **DIE LINKE**

## **BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. Friends of the Earth Germany**

### **Der Ortsverband BUND Rottenburg lädt zur Jahreshauptversammlung ein**

Mittwoch, den 24. Mai 2023 um 18.00 Uhr  
Volkshochschule Rottenburg am Neckar, Sprollstrasse 22, Raum 204

Wir freuen uns, Sie an diesem Abend zu einem gemeinsamen Austausch begrüßen zu dürfen. Im Rahmen dieser Veranstaltung besteht wie immer Gelegenheit zum Gespräch über unsere aktuelle Arbeit. Wir starten vorab mit einer **Filmvorführung** (ca. 77 Min.) und **Diskussion**.

#### Tagesordnung Jahreshauptversammlung 2023

- Begrüßung und Wahl des Sitzungsleiters
- Tätigkeitsbericht des Vorstandes (2022)
- Kassenbericht 2022
- Bericht der Kassenprüfer
- Aussprache
- Aktivitäten 2023 und Ausblick
- Verschiedenes

++ 18:00 Uhr - Film ++  
„Kein schöner Land“  
Weitere Informationen  
auf der Rückseite.

Anträge zur Tagesordnung können schriftlich bis zum 16.05.2023 an die oben angegebene Adresse gesandt werden. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung und freuen uns sehr auf Ihr Kommen.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. H.-J. Rosner, 1. Vorsitzender)

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

**Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**  
desto sozialer das Land!

## „Die Paten“

### Helfer zu christlicher Erziehung?

**Der Rottenburger Gemeinderat hat mehrheitlich einer anzustrebenden Patenschaft mit dem Jägerbataillon 292 in Donaueschingen zugestimmt. Gegenstimmen kamen von FaiR und der LINKEN.**

Soldaten des Bataillons sind in Rottenburg nicht unbekannt. Sie leisteten ihren Dienst auch während der sog. Corona-Pandemie in einem Pflegeheim ab.

Es geht um die Wertschätzung von Soldaten im Allgemeinen und wohl um die der Bundeswehr in Donaueschingen stationierten im besonderen, denn sonst wollte man mit ihnen keine Patenschaft eingehen.

Patinnen und Paten sollen den Eltern des Patenkindes bei der christlichen Erziehung Unterstützung zukommen lassen. Denken wir an den Taufpaten, wobei die Stadt Rottenburg wohl eher eine Taufpatin ist.

Wenn der Soldat ein „Staatsbürger in Uniform“ ist, dann muss es schon verwundern, dass der „Bürger in Zivil“ ihm in Form einer Patenschaft besondere Wertschätzung entgegenbringen

soll. Schon interessant, dass die Soldaten dem Zivilbürger nähergebracht werden müssen. Kommen die Soldaten nicht aus dieser Zivil-Gesellschaft? Oder ist die Bundeswehr doch ein Universum für sich? Soll hier ein Schritchen in die Militarisierung der Zivilgesellschaft geleistet werden. Wir alle sind Soldaten! Hipp, hipp, hurrah!!!

Woher kommen rechtsextremistische Erscheinungen in der Truppe, wenn nicht getragen aus Rechtsextremismus in der Zivilgesellschaft? Wie wichtig kann dann die Verbindung zu dieser Gesellschaft zur Verhinderung von Rechtsextremismus sein?

#### Wozu diese Patenschaft?

Gedacht ist u. a. an Arbeitseinsätze der Soldaten beim Anlegen von Spielplätzen (oder besser wohl von Kriegsschauplätzen). Welches „Spiel“ soll dort wohl gespielt werden? Oder geht es nur um eine harmlose Konkurrenz zur örtlichen Gartenbaufirma, sozusagen um zu verdeutlichen, dass die Bundeswehr ein „Arbeitgeber“ wie jeder andere ist? Worum geht es bei dem Ganzen? - Um Verständnis, Wertschätzung, Werbung, Propaganda, Manipulation, Akzeptanz, Verharmlosung ...

Soll einer kleinen Stadt die weite militärische Welt näher gebracht werden? Mali, Afghanistan, alle Orte an denen Deutschland und die westliche Werte zu verteidigen sind. Oder ist es nur eine Form von Tourismuswerbung? Global denken, lokal werben?

Welch schöne Vorstellung, wie sich beim Zapfenstreich der Bürgerwache, ziviles Leben mit dem „Glanz“ von Bundeswehruniformen mischen! Die Möglichkeit des Vergleichs der Uniformen hätte sicherlich einen historischen Bildungswert - wenn nicht sogar einen politischen. Soldaten als Aufbauhelfer beim Stadtfest schüfe sicherlich Sympathiewerte ebenso bei der Beseitigung des zurückbleibenden Unrats.

Warum kam niemand auf die Idee, eine Patenschaft mit einem Lazarett zu initiieren, um die Wertschätzung von Soldaten, Medizinern, Zivilisten und vor allem von **Opfern** zum Ausdruck zu bringen? So hätte gezeigt werden können, wie „der Auftrag der Armee mit Verletzung, Leid und Tod verbunden“ (Bürgermeister Hendrik Bednarz) ist.

Norbert Kern, Wendelsheim

# DIE LINKE.

## Neues aus dem Neckartal

Termine:

- ◇ **Infostand von DIE LINKE**
- ◇ **Samstag, 13. Mai 2023**
- ◇ **10 - 12 Uhr, Metzelpfad**

**Kommunalpolitischer Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg**  
**Mittwoch, 24. Mai 2023**  
**ab 19.00 Uhr, Gaststätte Engel**  
**Königstraße 7, 1. Stock (gegenüber der Stadtbibliothek)**

Kontakt zu **linksjugend rottenburg**:  
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.  
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de



**Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an**  
Dr. Emanuel Peter (EP)  
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg  
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



**Redaktion und Gestaltung**  
Simon Binder (Bi), Teichlenstraße 11,  
72108 Rottenburg



Norbert Kern (Ke), Kornbühlstraße 75  
72108 Rottenburg - Wendelsheim



**V.i.S.d.P.**  
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg